



### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Frau Katrin Gutknecht	auf Vorschlag der FDP
Herr Jörg Uckermann	auf Vorschlag von pro Köln
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag von Die Linke

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Ebru Coban	auf Vorschlag des Integrationsrates

### **Für die Bezirksschülervertretung**

Herr Lukas Lorenz

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Vorsitzende**

Frau Gisela Manderla CDU

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Angelika Link-Wilden	auf Vorschlag von Die Linke
Marie-Luise Quilling	auf Vorschlag der SPD
Frau Claudia Klein	auf Vorschlag der FDP

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft

Behindertenpolitik

Herr Ekrem Ceylan

auf Vorschlag des Integrationsrates

**Für die Katholische Kirche**

Herr Michael Bold

Frau Christiane Mauritz

**Für die Evangelische Kirche**

Frau Beate Habets

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

**Für die Bezirksschülervertretung**

Frau Anna Gazel Ugurlu

Vor der Sitzung wurde von Eltern und Schüler/innen des Humboldt-Gymnasiums vor dem Rathaus gegen mögliche Streichungen der freiwilligen Aufstockung der Landesmittel für die „MittagspausePLUS“ demonstriert. Herr Philippi gibt 2 Vertreterinnen aus der Schulpflegschaft (Frau Groß) und aus dem Vorstand des Trägervereins Humboldt-Ring e.V. (Frau Froleys) die Gelegenheit, vor Eintritt in die Tagesordnung den Ausschussmitgliedern die Position der Demonstranten darzustellen. Sie führen aus, dass sie bei einer Streichung der Gelder in Höhe von 50.000 Euro um den Weiterbestand der Übermittagsbetreuung mit 300 Kindern am Humboldt-Gymnasium fürchten.

Frau Dr. Klein erklärt, dass dem berechtigten Anliegen der Eltern die Haushaltssituation der Stadt Köln gegenüber steht. Man erwartet vom Dezernat Schule, Jugend und Sport für die Jahre 2013 bis 2017 Einsparungen in Höhe von 82 Millionen Euro. Deshalb wurden 50 Sparvorschläge gemacht, die der Verwaltung nicht leicht gefallen sind. Der Landeszuschuss für die Übermittagsbetreuungen im gesamten Stadtgebiet beträgt 2,9 Millionen Euro. Den 59.000 Euro für das Humboldt-Gymnasium stehen 49.000 Euro an freiwilligen kommunalen Mitteln gegenüber, sodass insgesamt über 100.000 Euro jährlich für die Übermittagsbetreuung an dieser Schule aufgewendet werden. Die 800.000 Euro an kommunalen Mitteln pro Schuljahr sind zur Einsparung vorgeschlagen worden. Sie bittet dafür um Verständnis: Sollte es zu einem Nothaushalt kommen, so wären beispielsweise 16 Millionen Euro freiwillige Mittel als zusätzliche kommunale Mittel für den offenen Ganztags in den Grundschulen gefährdet.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ergänzt, dass es sich bei dem begründeten Kürzungsvorschlag um einen Vorschlag der Verwaltung handelt, über welchen die Politik noch beraten muss. Die Kürzung der ÜMi-Mittel ist noch nicht beschlossen. Sollten die politischen Fraktionen sich dafür entscheiden, die vorgeschlagenen Summen nicht zu kürzen, so müssten stattdessen an anderer Stelle entsprechend hohe Einsparungen gefunden werden: Wenn die Stadt Köln eine Haushaltssicherung vornehmen muss, dann fallen alle freiwilligen Mittel völlig weg. Einen Gestaltungsspielraum gebe es dann nicht mehr.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, fordert für die Fraktion Die Linke, dass nicht unverhältnismäßig zu Lasten des Bereichs Schule, Jugend, Bildung und Sport gekürzt werden darf.

Herr Philippi verspricht im Namen aller Fraktionen, dass man den Hinweis der Schule ernst nehmen wird und bedauert, dass keine weiteren Zusagen gemacht werden können.

Die Verwaltung teilt mit, dass der Auslobungstext zur Vorlage 0634/2013 (unter TOP 5.2.8) wegen seines Umfangs nur in wenigen Exemplaren ausgelegt wurde.

Bei zusätzlichem Bedarf wird auf den in der Vorlage angegebenen Link verwiesen, unter welchem man den kompletten Text einsehen und ggfs. ausdrucken kann.

Außerdem liegt ein Handzettel zur Mitteilung 0384/2013 unter TOP 5.2.1 mit den Terminen des Themenjahrs Luft- und Raumfahrt aus.

### Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

-Die Beantwortung der Anfragen unter TOP 2.1.4 bis TOP 2.1.7 (davon die Beantwortung unter TOP 2.1.7 als Tischvorlage), sowie unter TOP 2.2.1 bis TOP 2.2.3 (davon die Beantwortung unter TOP 2.2.3 als Tischvorlage),

-die Vorlagen unter TOP 4.6 und 4.7 (davon letztere zum VHS-Studienhaus als Tischvorlage)

-die Mitteilung unter TOP 5.2.8.

Die Mitteilung unter TOP 5.2.7 zum Jahresbericht für das vergangene Jahr wurde zurückgezogen, weil sie zunächst im Stadtvorstand vorgelegt werden muss.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Die nächste Sitzung des Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist eine Sondersitzung am 14.03.2013, die in der Aula des Georg-Simon-Ohm-Berufskollegs in der Westerwaldstraße 92 stattfindet. Es wird darauf hingewiesen, dass sich im Umfeld der Schule nur eine begrenzte Anzahl von Parkplätzen befindet. Die Schule ist auch mit der Buslinie 153 bis Haltestelle „Esserstraße“ erreichbar und befindet sich schräg versetzt hinter der Gemeinschaftsgrundschule Westerwaldstr. 90.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

0.1 Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Nachfragen zur Mitteilung 4167/2012: Regionale Unterstützungszentren 0519/2013

- 2.1.2 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann zur Mitteilung 4661/2012  
Regionales Schulangebot im Stadtbezirk Ehrenfeld  
0283/2013
- 2.1.3 PC-Ausstattung Herder-Gymnasium  
0577/2013
- 2.1.4 Fachtagung "Aktuelle Herausforderungen der schulischen und beruflichen  
Bildung an den kommunalen Berufs- und Weiterbildungskollegs in Köln" am  
14.03.2013  
0612/2013
- 2.1.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung am 21.1.2013  
0638/2013
- 2.1.6 Rheinische Musikschule - Nachfragen von Frau Hölzing  
0711/2013
- 2.1.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung:  
Regionale Unterstützungszentren  
0230/2013
- 2.2 Neue Anfragen
  - 2.2.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012  
AN/0265/2013
  - 2.2.2 Fehlende Gesamtschulplätze  
AN/0267/2013
  - 2.2.3 Entwicklungsperspektive der Haupt- und Realschule Dellbrücker Mauspfad  
im Zuge des Schulentwicklungsplans  
0774/2013
- 3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der  
Bezirksvertretungen**
  - 3.1 Teilstandort für die Gesamtschule Chorweiler  
AN/0165/2013
- 4 Vorlagen der Verwaltung**
  - 4.1 Bestellung der 1. stellvertretenden Schriftführerin  
2483/2012/1

- 4.2 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7,  
50765 Köln-Volkhoven/Weiler  
Baubeschluss  
2967/2012
- 4.3 Honorarordnung der Volkshochschule Köln  
3493/2012
- 4.4 Betreuung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der offenen Ganztagsgrundschule Am Rosenmaar  
4312/2012
- 4.5 Besetzung des Unterausschusses Ganztag  
0355/2013
- 4.6 Einrichtung des Erweiterungsbaues für den Ganztag und der Bibliothek des Stadtgymnasiums Porz, Humboldtstr. 2-8, 51145 Köln  
0580/2013
- 4.7 Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln  
Baubeschluss  
0455/2013
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 Mitteilungen der Vorsitzenden
- 5.2 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.2.1 Themenjahr Luft- und Raumfahrt 2013  
0384/2013
- 5.2.2 Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen in Köln zum Schuljahr 2013/14; hier: Pressemitteilung zur Elterninformation  
0444/2013
- 5.2.3 Empfehlungen der Weiterbildungskonferenz NRW - Perspektiven für eine zukunftsorientierte Weiterbildung  
0378/2013
- 5.2.4 Fortbestand des Europe Direct-Informationszentrums Köln bis 2017 gesichert  
0380/2013
- 5.2.5 Gesamtkonzept "Kulturelle Bildung in Köln (KUBIK)"  
4612/2012

5.2.6 Projektdatenblatt der Gebäudewirtschaft im Internet  
0507/2013

5.2.7 Jahresbericht über die Beschlüsse des Ausschusses Schule und  
Weiterbildung im Jahre 2012 0583/2013

5.2.8 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Auslobungstext Realisierungs- und  
Ideenwettbewerb  
0634/2013

**6 Anfragen**

**7 Verschiedenes**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**8 Gleichstellungsrelevante Themen**

**9 Mitteilungen**

9.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

9.2 Mitteilungen der Verwaltung

9.3 Bericht aus dem Unterausschuss Ganztagsbetreuung

**10 Personalien**

10.1 Besetzung der Stelle Schulleiter/in an der Gemeinschaftsgrundschule  
Volberger Weg in Köln-Kalk  
0340/2013

**11 Vorlagen**

**12 Anfragen**

12.1 Frühere Anfragen

12.2 Neue Anfragen

**13 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **0.1 Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin**

Da Frau Angelika Link-Wilden entschuldigt fehlt, wird ihre Verpflichtung auf eine folgende Sitzung verschoben.

### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **2.1 Frühere Anfragen**

##### **2.1.1 Nachfragen zur Mitteilung 4167/2012: Regionale Unterstützungszentren 0519/2013**

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innen-Vertretung, liest aus der Antwort, dass alle Förderschulen für Lernen und soziale Entwicklung geschlossen werden müssten, wenn das Schulrechtsänderungsgesetz beschlossen würde. Er möchte wissen, ob es aus dem Ministerium Anzeichen gibt, ob dieses auf der Forderung beharrt.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Verwaltung über den Städtetag in einer ausführlichen Stellungnahme unter Hinweis zum Beispiel auf die erforderlichen Klassenstärken um eine Änderung des Gesetzes gegenüber dem Ministerium gebeten hat. Das Gesetz wird auch wegen anderer Probleme (z.B. der Konnexität) auf Landesebene intensiv diskutiert, aber eine Prognose über den Ausgang der Abstimmung ist schwer.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, bedankt sich für die Beantwortung, stellt aber klar, dass es bei der Anfrage vor allem um die Kommunikation ging. Es seien nur ausgesuchte Schulleiter informiert worden. Er bittet die Verwaltung für die Zukunft darum, die Beteiligten vorher direkt zu informieren.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

##### **2.1.2 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann zur Mitteilung 4661/2012 Regionales Schulangebot im Stadtbezirk Ehrenfeld 0283/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

##### **2.1.3 PC-Ausstattung Herder-Gymnasium 0577/2013**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bemängelt, dass keine genauen Daten genannt wurden und bittet darum, die Situation umgehend zu verbessern.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.



**2.1.4 Fachtagung "Aktuelle Herausforderungen der schulischen und beruflichen Bildung an den kommunalen Berufs- und Weiterbildungskollegs in Köln" am 14.03.2013  
0612/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung am 21.1.2013  
0638/2013**

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, bedankt sich für die ausführliche Antwort, möchte aber noch wissen, ob es ein **inhaltliches** Konzept gibt und wie dieses lautet: Was sollen die Sportschulen tatsächlich tun? Welcher zusätzliche Sportunterricht ist geplant? Sie bittet darum, das Konzept wenigstens als E-Mail zur Verfügung zu stellen. Inwieweit ist das Land damit einverstanden, dass Köln 4 Sportschulen haben möchte? In anderen Kommunen würde es jeweils nur eine Sportschule geben. Gibt es dazu schon eine Rückmeldung?

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass es sowohl mit den Schulen, als auch mit dem Ministerium einen beständigen Austausch gibt, aus welchem abgeleitet werden kann, dass man die besondere Situation in Köln sicherlich würdigen wird.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt nach, ob das Radsportprojekt und das Ruderprojekt der Gesamtschule Chorweiler fortgeführt werden, da sie nur auf der ersten Seite erwähnt werden.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die ausgelobten Konditionen für die jeweiligen Schulen durch den Landeshaushalt begrenzt sind. Die Gesamtschule habe im Hinblick darauf kein Interesse signalisiert, doch wäre möglicherweise eine spätere Wiederaufnahme denkbar.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.6 Rheinische Musikschule - Nachfragen von Frau Hölzing  
0711/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung:  
Regionale Unterstützungszentren  
0230/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.2 Neue Anfragen**

**2.2.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012  
AN/0265/2013**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird zur April-Sitzung vorgelegt.

### **2.2.2 Fehlende Gesamtschulplätze AN/0267/2013**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird zur April-Sitzung zusammen mit einem umfassenden Bericht über das gesamte Anmeldeverfahren aller weiterführenden Schulen vorgelegt, der auch die Vorjahreszahlen zum Vergleich aufführt.

### **2.2.3 Entwicklungsperspektive der Haupt- und Realschule Dellbrücker Mauspfad im Zuge des Schulentwicklungsplans 0774/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

## **3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **3.1 Teilstandort für die Gesamtschule Chorweiler AN/0165/2013**

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erklärt zu dem Antrag, dass sich im äußersten Kölner Norden viele Familien neu angesiedelt haben, sodass der Elternwille nach mehr Gesamtschulplätzen dort einen hohen Bedarf an Schulen begründet. Im Sinne einer vorausschauenden nachhaltigen Planung der Schullandschaft bittet die CDU-Fraktion um Prüfung, ob das Gebäude der ehemaligen Hauptschule in Köln-Worringen sich eignet, dort eine Dependence der Gesamtschule Chorweiler einzurichten.

Herr Philippi hält es für bemerkenswert, dass nun auch die CDU-Fraktion einen solchen Prüfauftrag stellt. Inhaltlich ist nach Wissen der SPD-Fraktion die Gesamtschule Chorweiler bereits 9-zügig und an der Kapazitätsgrenze angelangt. Die Verwaltung habe bei ihrer Planung immer im dialogischen Verfahren versucht, unter Anhörung aller Beteiligten zu planen. Das Thema sei laut Auskunft der Schule erst nach Antragstellung mit ihr kommuniziert worden, die sich gegen eine solche Erweiterung ausspreche. Die SPD-Fraktion schließt sich dem Votum der Gesamtschule Chorweiler an und lehnt den Antrag ab, da es für diese Gesamtschule keine vernünftige Lösung sei.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, freut sich, dass sich nun auch die CDU-Fraktion auf die Suche nach neuen Gesamtschulplätzen macht und lobt diesen Ansatz. Auch seine Fraktion lehnt den Prüfauftrag aber inhaltlich ab und nennt dafür 3 Gründe:

1. Das Gebäude der ehemaligen Hauptschule am Holzheimer Weg wurde mehrfach geprüft und ist so marode, dass sich die Investitionen nicht lohnen.
2. Rechtlich ist die Errichtung von Teilstandorten nur möglich, wenn dort eine gesamte Stufe –wie etwa die Unterstufe- untergebracht werden kann. Dafür ist dieser Standort aber viel zu klein.
3. Die Schule ist selbst gar nicht gefragt worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt den Antrag ab, weil es sich um eine Einzelfallbetrachtung handelt, während tatsächlich generell zusammen mit der Verwaltung ein Gesamtkonzept entwickelt werden müsse.

Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin FDP-Fraktion, ist über die Ausführungen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verwundert: Seit langer Zeit

fordere man im Hinblick auf die Anzahl der abgewiesenen Kinder neue Gesamtschulplätze und nun werde bereits ein einfacher Prüfauftrag abgelehnt. Es sei selbstverständlich, dass ein Gesamtkonzept für die Kölner Gesamtschulen vonnöten sei, doch erfordere ein solches zunächst, dass man Grundstücke zur Umsetzung findet.

Die ablehnende Haltung der anderen Fraktionen lege die Vermutung nahe, dass man bereits andere Pläne mit diesem Standort habe.

Ihre Fraktion stimme dem Antrag der CDU-Fraktion uneingeschränkt zu.

Herr Uckermann, sachkundiger Einwohner, vermutet politische Taktik bei der Ablehnung des Antrages. Seine Fraktion möchte den Standort gerne weiter als Schule nutzen und bittet darum, zu prüfen, welche Schulform dort betrieben werden könne. Er schlägt vor, den Antrag dahingehend offener zu erweitern, dass von der Verwaltung geprüft werden solle, mit welchem konkreten Bedarf an diesem Standort in einigen Jahren gerechnet werden kann und welche Schulform dort in Frage kommt. Er möchte dies auf Nachfrage von Herrn Philippi hin aber nicht als Zusatzantrag verstanden wissen.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, bezweifelt im Hinblick auf die Anfrage der CDU-Fraktion zur Gesamtschule Dellbrück, dass diese ernsthaft Gesamtschulplätze sucht.

Seine Fraktion fordert unabhängig davon, dass der Mangel an Gesamtschulplätzen so schnell wie möglich beendet werden muss. Das führe notwendigerweise dazu, dass es überall auch Notlösungen wie etwa die Gründung von Dependancen geben müsse.

Auch Frau Paffen, SPD-Fraktion, ist sehr darüber verwundert, dass sich die CDU-Fraktion nun auf die Suche nach Gesamtschulplätzen macht. Ihre Fraktion begrüße neue Gesamtschulstandorte, doch habe man an diesem Standort in der Vergangenheit über einen Sanierungsbedarf für das Gebäude in Höhe von ca. 5 Millionen Euro gesprochen. Der Vorschlag, an dieser Stelle einen Gesamtschulstandort zu begründen sei abwegig und unverhältnismäßig. Wenn dieser Standort als sozialer Standort erhalten werden solle, dann möge man eher prüfen, ob hier nicht sowohl eine neue dringend benötigte Kindertagesstätte, als auch eine weitere Feuerwehrrettungswache für den Kölner Norden möglich seien, wobei beide Gebäude rückwärts aneinander gesetzt werden müssten. Das sei denkbar, weil es zwei separate Zufahrten zu dem Gelände gibt: Die eine Zufahrt erfolgt über die verkehrsberuhigte Sackgasse vom Holzheimer Weg. Von dieser Seite wäre eine Kindertagesstätte denkbar. Eine zweite Zufahrt könne über den Hackhauser Weg erfolgen. Hier sei eine neue Rettungswache denkbar, wobei die Rettungsfahrzeuge beim Start im Hinblick auf die Nachbarschaft ohne Blaulicht und Martinshorn dort losfahren könnten in Richtung der Autobahn.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innen-Vertretung, ist ebenfalls erfreut, dass man sich Gedanken über weitere Gesamtschulplätze macht. Die Bezirksschüler/innenvertretung hält es aber für problematisch, 9-zügige Schulen weiter auszubauen. Das sei den Schüler/innen an den einzelnen Standorten schwer vermittelbar, zumal es bereits beim 4.Zug für die Gesamtschule Nippes zu Diskussionen kam mit dem Ergebnis, dass der Ausschuss für Schule und Weiterbildung damals festgelegt habe, dass eine Gesamtschule maximal 6 Züge haben solle. Er schlägt stattdessen vor, aus den Hauptschulen im Bezirk Chorweiler eine neue, zweite Gesamtschule in diesem Bezirk zu gründen und dieser 2 Züge von der Gesamtschule Chorweiler anzugliedern.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, versteht die Verwunderung der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht. Seine Fraktion nehme das Angebot der Ministerin zur Eröffnung neuer Gesamtschulen gerne an. Bei dem Antrag handele es sich lediglich um einen Prüfauftrag, damit die Verwaltung ihre Meinung darlegt, die dann im weiteren Verfahren als Diskussionsgrundlage dienen könne. Er stellt klar,

dass man im Vorfeld anders als behauptet mit der Schule gesprochen habe. Bei der anschließenden Diskussion werde auch die Position der Schule berücksichtigt. Auf ein Gesamtkonzept für die Gesamtschulen könne man lange warten. Einzelfalllösungen seien im Gegensatz dazu schneller umsetzbar. Aus diesen lasse sich dann ein Gesamtkonzept entwickeln. Er bittet darum, die ablehnende Meinung zu überdenken und dem Prüfantrag zuzustimmen, damit die Verwaltung Gelegenheit bekommt, darzulegen, wie Gesamtschulplätze geschaffen werden könnten.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass die Frage der Schaffung einer neuen Kindertagesstätte in den Jugendhilfeausschuss gehöre und die Frage nach einer neuen Feuerwache in den Stadtentwicklungsausschuss.

Der Schulausschuss sei nicht dafür zuständig. Es gebe bereits intensive Vorschläge der Schulentwicklungsplanung, auf dem Friedhofs-Restgelände in Nippes eine weitere Gesamtschule für den Kölner Norden zu bauen. Über einen Prüfantrag können keine neuen Gesamtschulen gebaut werden, weil das Verfahren auch eine Zustimmung der Eltern durch Wahl der Schule erfordere.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung möge prüfen, ob das Gebäude der ehemaligen Hauptschule Worringen als Teilstandort für die Gesamtschule Chorweiler genutzt werden kann.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln abgelehnt.

## **4 Vorlagen der Verwaltung**

### **4.1 Bestellung der 1. stellvertretenden Schriftführerin 2483/2012/1**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bestellt für die restliche Zeit der Wahlperiode des Rates (2009 bis 2014) Frau Antonia Mirenda Gambino – 400/5 – zur ersten stellvertretenden Schriftführerin.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

### **4.2 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler ; Baubeschluss 2967/2012**

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, hat mehrere Fragen zu der Beschlussvorlage, die sie auch schriftlich vorlegt, die spätestens zum Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft ausführlich beantwortet werden sollen:

1) Wieso entstehen bei einem Baubeschluss nach EnEV 2009 **Umplanungskosten von 250.000 € plus 2% Baukostensteigerung** für **8 Monate Umplanungszeit**?

Laut Vorlage wären bei diesem Vorhaben im Wesentlichen eine Reduzierung der Dämmung und eine Reduzierung des energetischen Standards der Fensterelemente

vorzunehmen. Auf die Lüftungsanlage kann laut Vorlage wegen der Außenbelastung nicht verzichtet werden – zudem würden aufgrund des fortgeschrittenen Planungsstadiums erhöhte (noch höhere) Umplanungskosten anfallen?!

2) Wieso hält die Gebäudewirtschaft, trotz der massiven Bedenken vom RPA am Einbau des Erdwärmekollektors fest, auch wenn laut eigener Einschätzung der Projektleitung der Kollektor auf Grund geringer Laufzeiten entbehrlich ist? (siehe Anlage 3)

3) Warum wird –wie vom RPA empfohlen- der Wettbewerb nicht für reine Aluminiumfenster geöffnet?

Wie hoch ist der Instandhaltungsaufwand von Holz/Aluminiumfenstern?

4) Wie passt „Passivhausstandard“ zur laut Baubeschreibung „großzügigen Verglasung im Forum/ Foyer, die das Gebäude transparent erscheinen lässt“?

5) Wie errechnet sich die außerordentlich hohe Miete –pro Jahr rund 11% der Herstellungskosten?

Woher kommt der zu Grunde gelegte Darlehenszinssatz von 7%?

Herr Kaven erinnert daran, dass in der Ratssitzung im Juni 2012 im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushaltes 2012 der Veränderungsnachweis 5 mitbeschlossen wurde, der vorsieht, dass der Passivhausstandard nicht mehr als ausschließlicher Energiestandard zu Grunde gelegt werden soll. Daraufhin hat die Verwaltung beschlossen, dass zu jedem Energiestandard eine Vorlage mit den möglichen Alternativen als Information an die Politik gefertigt wird. Die EnEV2009 ist nach wie vor die aktuell gültige EnEV, da die EnEV 2012 noch nicht in Kraft getreten ist. Die hier vorgelegte Alternative 1 ist der „Kölner Standard“ und die Alternative 2 ist der Passivhausstandard, der bisher anzuwenden war.

Der verantwortliche Architekt, Herr Bente, erklärt zu den benötigten 8 Monaten Umplanungszeit, dass der Unterschied zwischen einem EnEV-Haus und einem Passivhaus in der gesamten Gebäudetechnik liegt. Das Passivhaus lebt von seiner Lüftungsanlage und von seiner Gebäudeautomation. Für das EnEV-Gebäude müsste die gesamte Haustechnik komplett überarbeitet werden, was Auswirkungen auch auf den Gebäudekörper hat, sodass der eigentliche Entwurf wieder überarbeitet werden muss. Zudem muss die Vertragslage überprüft werden, damit die Fachplaner wieder mit ihren Aufträgen beginnen.

Frau Halberstadt-Kausch erklärt, dass die Aussage, dass die gesamte Gebäudetechnik und vor allem die Lüftung überarbeitet werden müssten im Widerspruch stehe zu der Aussage in der Vorlage, dass das Einsparpotenzial bei diesem Bauvorhaben geringer sei als bei vergleichbaren Projekten, weil auf den Einsatz der Lüftungsanlage auf Grund der Außenschallbelastung nicht verzichtet werden kann.

Herr Bente stellt dazu klar, dass das Gebäude als Auflage aus dem Schallschutzgutachten auf eine Lüftungsanlage nicht verzichten kann, weil der Fühlinger Weg eine viel befahrene Straße sei und alle Klassen, die in diese Richtung zeigen, künstlich belüftet werden müssen. Die Lüftungsanlage eines Passivhauses be- und entlüftet dagegen alle Räume eines Hauses, sodass hier auf eine deutlich verkleinerte Kleinlüftungsanlage ohne digitale Steuerung umgeplant werden muss.

Die Projektleitung, Frau Flau, ergänzt, dass sich dabei auch die Größe der Technikräume reduzieren würde.

Herr Bente führt weiter aus, dass es bei dem Erdwärmekollektor um ein Einsparpotential von ca. 10.000 Euro geht. Die Wirtschaftlichkeit ergibt sich hier über die durchschnittliche Lebensdauer von ca. 30 Jahren. Das Energiemanagement der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln rät immer zur Ausführung von Erdwärmekollektoren. Die vom RPA bemängelte Möglichkeit, dass einzelne Heizröhren ausfallen können, ist bei

diesem System mit eingeplant. Erst nach dem Ausfall der letzten von 12 Röhren muss auf eine herkömmliche Beheizung umgestiegen werden.

Frau Halberstadt-Kausch versteht nicht, warum auch beim EnEV-Haus der Erdwärmekollektor zur Vorwärmung der Luft benötigt wird.

Herr Bente sagt zu, dass dies in der schriftlichen Beantwortung genauer erklärt wird.

Herr Kaven ergänzt, dass der Luftaustausch in Klassen auch vom Gesundheitsamt gefordert wird und, dass dieser notfalls mechanisch erfolgen muss.

Frau Flau weist darauf hin, dass der Erdwärmekollektor angepasst würde, wenn man sich für den EnEV-Standard entscheiden sollte.

Herr Philippi schlägt im Hinblick auf die vielen Detailfragen vor, die Vorlage ohne Votum weiter in die nachfolgenden Gremien abzugeben, damit die gestellten Detailfragen dann im Werksausschuss der Gebäudewirtschaft geklärt werden können.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt sich damit einverstanden, weist aber darauf hin, dass nach den Berechnungen über eine Lebensdauer von 30 Jahren der Passivhausstandard der Günstigste ist. Die kalkulatorische Miete dürfe man bei dieser Betrachtung außer Acht lassen, weil es nur scheinbare Kosten sind, da die Gebäudewirtschaft ein Teil der Stadt Köln ist. Deshalb will seine Fraktion versuchen, dass die Entscheidung im Rat auf den Passivhausstandard hinausläuft.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

### **4.3 Honorarordnung der Volkshochschule Köln 3493/2012**

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, hält eine differenzierte Honorarbemessung für sachlich korrekt und nachvollziehbar, hält aber die Formulierungen wie „geringer oder höherer Vor- und Nachbereitungsaufwand“ und „geringere Unterrichtserfahrung“ für sehr oberflächlich.

Frau Dr. Klein erklärt, dass es sich hierbei um auslegungsbedürftige Rechtsbegriffe handelt. Man hat sich für diese vom RPA mitgetragene Version entschlossen, um nicht zu viel Differenzierung hereinzubringen und verweist auf den entsprechenden Fach- und Sachverstand der Volkshochschule.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin, bedankt sich dafür, dass in der Kürze der Zeit eine solch umfangreiche Auflistung der einzelnen Bereiche vorgelegt wurde. Die Befürchtung, dass die Honorarordnung zu höheren Honorarkosten führt, wurde im Vorfeld glaubhaft verneint. Sie regt jedoch an, die Vorlage geändert zu beschließen mit dem Zusatz „Nach einem Jahr soll darüber berichtet werden, ob das Ziel gleichbleibender Kosten erreicht wurde.“

Dem schließen sich die anderen Fraktionen an.

### **Geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt die Honorarordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügten Fassung. **Nach einem Jahr soll darüber berichtet werden, ob das Ziel gleichbleibender Kosten erreicht wurde.**“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der Fraktion ProKöln.

#### **4.4 Betreuung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der offenen Ganztagsgrundschule Am Rosenmaar 4312/2012**

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, stellt klar, dass es sich bei dieser Vorlage nicht um einen Kompromiss handelt: In dieser Schule wird eine weitere pädagogische Fachkraft eingesetzt, die von den Berechnungen abgezogen wurde. Wenn man diese Fachkraft mit einbezieht ist eine rechnerische Gleichstellung erreicht. Es ist zwar von der Summe her weniger, aber dafür personell höher.

Auch Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begrüßt die Vorlage für ihre Fraktion und hofft, dass der Rat diese am 19.03. bestätigt. Gleichzeitig bedankt sie sich bei der Rosenmaarschule dafür, dass man sich vor einigen Jahren darauf eingelassen hat, dass die Schule weniger Geld pro Kind bekommt, um in den Offenen Ganztags mit einsteigen zu können und damit nachzuweisen, dass eine sonderpädagogische Förderung auch in der OGTS möglich ist. Es ist zu begrüßen, dass die bisherige Ungleichbehandlung dieser Schule nun nivelliert wird. Der frühe Zeitpunkt garantiert dabei Planungssicherheit für das nächste Schuljahr.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt, die kommunale Zusatzförderung für die Betreuung und Förderung von Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der offenen Ganztagschule GGS Am Rosenmaar ab dem Schuljahr 2013/2014 von derzeit 2.650 Euro auf 4.460 Euro je Schüler/in mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu erhöhen. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 66.970 Euro im Haushaltsjahr 2013 und 133.940 Euro ab dem Haushaltsjahr 2014 werden aus den im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 veranschlagten Mitteln finanziert.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**4.5 Besetzung des Unterausschusses Ganzttag  
0355/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass künftig als sachkundige/r Einwohner/in auch ein Vertreter/ eine Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Unterausschuss Ganzttag vertreten sein soll. Als Vertreterin wird Frau Stephanie Stangier benannt.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.6 Einrichtung des Erweiterungsbaues für den Ganzttag und der Bibliothek  
des Stadtgymnasiums Porz, Humboldtstr. 2-8, 51145 Köln  
0580/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung und Ausstattung des Gymnasiums Humboldtstr. 2-8, 51145 Köln im Rahmen der Baumaßnahme zur Errichtung einer neuer Ganztageseinheit sowie nach Sanierung der Bibliothek im Bestandsgebäude. Die Gesamteinrichtungskosten belaufen sich auf 215.000 €. Die Beschaffung erfolgt im Rahmen des § 82 GO NRW (Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.7 Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt,  
Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln  
Baubeschluss  
0455/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.



## **5 Mitteilungen**

### **5.1 Mitteilungen der Vorsitzenden**

### **5.2 Mitteilungen der Verwaltung**

#### **5.2.1 Themenjahr Luft- und Raumfahrt 2013 0384/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.2.2 Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen in Köln zum Schuljahr 2013/14 hier: Pressemitteilung zur Elterninformation 0444/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.2.3 Empfehlungen der Weiterbildungskonferenz NRW - Perspektiven für eine zukunftsorientierte Weiterbildung 0378/2013**

Herr Philippi merkt an, dass die Landtagspräsidentin mit Vornamen Carina -und nicht wie ausgedrückt Corinna- heißt.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, hält das Perspektivenpapier für sehr ambitioniert, weist aber darauf hin, dass auch die gut aufgestellte Volkshochschule die bildungsfernen Schichten als Zielgruppe nicht erreiche, weil diese vom Schulwesen durch Selektion aussortiert würden. Auch auf Bundesebene führten Einsparungen bei der Weiterbildung im beruflichen Bereich zur Verschärfung von Notständen. Eine betriebswirtschaftliche auf Kostensenkung abzielende Betrachtungsweise vertrage sich nicht mit Bildungsbedürfnissen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.2.4 Fortbestand des Europe Direct-Informationszentrums Köln bis 2017 gesichert 0380/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.2.5 Gesamtkonzept "Kulturelle Bildung in Köln (KUBIK)" 4612/2012**

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, teilt mit, dass ihre Fraktion über diese Mitteilung überrascht war, weil das Konzept „Kulturelle Bildung“ bisher vom Rat noch nicht beschlossen wurde. Nun liest sie in der Mitteilung, dass Gelder verteilt werden sollen: Eine Veranstaltung mit Catering etc. ist geplant. Dazu möchte sie wissen: Wer plant diese Veranstaltung? Für wen ist diese Veranstaltung? Wann findet sie statt?

Was wird genau gemacht? Was soll da noch vernetzt werden? Und wo ist die Stelle für „Kulturelle Bildung“ derzeit angesiedelt?

Frau Heuer antwortet, dass in 2010 letztmalig Mittel für die sogenannten KUBIK-Projekte (KUBIK steht für Kulturelle Bildung in Köln) zur Verfügung standen. Mit diesen städtischen Fördermitteln konnten Projekte im Sinne der Zielsetzung des Gesamtkonzeptes gefördert und Schwerpunkte gesetzt werden. Der beim Amt für Schulentwicklung angebundene Koordinierungsstelle ist es gelungen den Wegfall dieser Fördermittel in Teilen zu kompensieren, indem - neben dem Preisgeld von 30.000 Euro für das Gesamtkonzept – erstmalig ab 2012 Landesmittel für den Kulturrucksack von jährlich rd. 200.000 € akquiriert werden konnten.

Unter Berücksichtigung der Abgabefristen des Ministeriums war eine Vorabstimmung des Konzeptes im Rat leider nicht mehr möglich. Das eingereichte Konzept ist keinesfalls als statische Vorgabe, sondern als erster Impuls für einen langjährigen und dynamischen Prozess zu verstehen, bei dem die Ratsmitglieder als Akteure der kulturellen Bildung selbstverständlich mit einbezogen werden. Nur mit dem Preisgeld ist die nun anstehende konkrete Weiterentwicklung möglich. Ein Verstreichen der Abgabefrist hätte eine Verzögerung von einem Jahr bedeutet.

Neben der verwaltungsinternen Vernetzung der Bereiche Kultur, Jugend und Bildung soll letztlich auch die geplante Veranstaltung zur Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes dienen, indem alle im Konzept beschriebenen Akteure auf diesem Wege aktiv einbezogen werden. Hierdurch können die unterschiedlichen Sichtweisen zusammengebracht, bestehende Problemlagen aufgegriffen und gemeinsam tragfähige Lösungen entwickelt werden.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, lobt das Konzept im Namen seiner Fraktion, teilt aber die Skepsis aus dem gemeinsamen Brief der kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen, dass die Finanzierung in Zeiten des Sparzwanges nicht mehr gesichert sei. Er fragt, ob die zum Ende des letzten Jahres angekündigte Steuerungsgruppe und Koordinierungsstelle mittlerweile existiert.

Frau Heuer übergibt an Herrn Kaminke, welcher in Person die Koordination betreibt.

Herr Kaminke berichtet, dass die Open-Space-Veranstaltung zusammen mit vielen Kultureinrichtungen derzeit vorbereitet wird und eigentlich für die erste Jahreshälfte 2013 geplant ist. Neben dem Preisgeld stehen für den weiteren Umsetzungsprozess keine weiteren Mittel zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund versucht er über Stiftungen das Geld zu vermehren, um möglichst viel erreichen zu können. Es ist daher möglich, dass die Veranstaltung eventuell erst im Herbst stattfindet. Vernetzt wird nicht nur die Stadtverwaltung intern, sondern darüber hinaus auch die verschiedenen Kultureinrichtungen. Bereits beim Kulturrucksack wurde ein enger Austausch der Kultur- und der Jugendeinrichtungen erreicht und es entstanden dabei neue Kooperationen, um das gemeinsame Ziel einer bestmöglichen kulturellen Bildung in Köln zu erreichen.

Frau Gutknecht, sachkundige Einwohnerin, fragt nach, warum die Mitteilung mit Stand vom September 2012 erst jetzt vorgelegt wird und welche Maßnahmen davon bereits abschließend durchgeführt wurden.

Herr Kaminke antwortet, dass es zu zeitlichen Verzögerungen kam, weil die Rheinenergie Stiftung Kultur auf Grund der zahlreichen Förderanträge diesmal keine Förderung für den Aufbau des Internetangebotes zur Verfügung stellen konnte. Derzeit hofft man, dass eine Förderung im nächsten Durchlauf bewilligt wird. Der Inhalt dieser Außerdarstellung im Internet wird parallel bereits vorbereitet. Wichtig sei es dabei, mit den künftigen Nutzern den tatsächlichen Informationsbedarf zu ermitteln.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, dankt für seine Fraktion für das umfangreiche Konzept, das er zunächst als eine Bestandsaufnahme mit konkreten dynamischen Zielvorgaben zur ersten Übersicht versteht.

Herr Kaminke bestätigt dies. Vor dem Hintergrund, dass die Stelle ein Jahr lang unbesetzt war, bevor er sie im Februar übernehmen konnte, können die im Konzept aufgezeigten Handlungsfelder erst jetzt sukzessive weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin, weist darauf hin, dass es beim Land eine umfangreiche Plattform ([www.kulturrucksack.nrw.de](http://www.kulturrucksack.nrw.de)) für den Kulturrucksack gibt, die gepflegt werden muss. Sie findet da nur sehr wenig von Köln.

Herr Kaminke erklärt, dass die Jury erst im Februar getagt hat. Die Bewilligungsbescheide für 41 Projekte wurden in der letzten Woche verschickt und die Einrichtungen haben nun bis Ende März Zeit, die Projekte zu beschreiben, bevor sie auf der Internetseite eingestellt werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.2.6 Projektdatenblatt der Gebäudewirtschaft im Internet 0507/2013**

Herr Philippi hat das System selbst mehrfach ausprobiert und bestätigt, dass es funktioniert.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, merkt an, dass die Rubrik „Projektdaten“ im System bisher anscheinend nicht gepflegt wird.

Herr Kaven erklärt dazu, dass die Datenpflege abhängig ist vom Engagement der zuständigen Projektleiter- und Objektsachbearbeiter/innen, die angewiesen sind, die Daten zu pflegen und persönlich angesprochen werden können.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.2.7 Jahresbericht über die Beschlüsse des Ausschusses Schule und Weiterbildung im Jahre 2012 0583/2013**

Die Mitteilung wurde zurückgezogen, weil sie zunächst im Stadtvorstand vorzulegen ist. Sie wird in der April-Sitzung erneut vorgelegt.

#### **5.2.8 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Auslobungstext Realisierungs- und Ideenwettbewerb 0634/2013**

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, meldet Skepsis an und merkt an, dass im Internettext zur Auslobung steht „Das zentrale Anliegen ist die Verbesserung der Bildungschancen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.“. Dieses wäre allerdings nur möglich, wenn damit der Selektionscharakter des geltenden Bildungssystems überschritten würde.

Da es sich aber nur um eine additive Maßnahme handele, könne durch diese kein qualitativer Sprung erreicht werden. Auch die beeindruckende Formulierung „relativ bruchlose Bildungsketten“ in der vorgelegten Mitteilung kann nur umgesetzt werden, wenn damit die Selektion überwunden würde und längeres gemeinsames Lernen mit Integration von der Grundschule bis zum Abitur wenigstens ermöglicht würde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## 6 Anfragen

**Herr Dr. Zimmermann**, sachkundiger Einwohner, erinnert an die **Anfrage vom 03.09.2012 zu den Lehrerparkplätzen** und bittet um einen aktuellen Sachstand.

Frau Dr. Klein führt aus, dass man derzeit noch ein Konzept, auch unter Einschluss eines Job-Tickets für die Lehrer, entwickelt. Zu gegebener Zeit soll dazu eine umfassende Information erfolgen.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte dazu einen konkreteren Zeitpunkt wissen, da dies schon mehrfach angekündigt wurde.

Frau Dr. Klein kann derzeit wegen der Komplexität noch keinen konkreten Zeitpunkt benennen.

**Herr Dr. Schlieben**, CDU-Fraktion, fragt zum Thema „**Schulsanierung auf Eis gelegt?**“:

Obwohl die Stadt Köln seit 1999 hohe Summen in die Sanierung der Kölner Schulen investiert hat, sind viele Gebäude noch immer in einem desolaten Zustand. Nun gibt es vereinzelt Berichte, die besagen, die Stadt habe die Sanierung von Schulen ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Trifft es zu, dass die Stadt Köln derzeit keine Sanierungen von Schulgebäuden vornimmt?
- 2.) Welche Summe wurde seit 1999 für die Generalsanierung und Instandsetzung von Kölner Schulen verausgabt?
- 3.) Welche Auswirkungen hat die Haushaltslage der Stadt Köln auf derzeitige bzw. künftige Planungen/Maßnahmen im Schulbautenbereich?
- 4.) Welche Summe wäre nötig, um den vorhandenen Sanierungsstau abzubauen?

**Herr Dr. Schlieben**, CDU-Fraktion, erinnert an die Beantwortung seiner Anfrage aus der Sitzung vom 29.10.2012 zum Thema „**Schulbaumaßnahmen in Zeiten der Haushaltskonsolidierung**“:

Der Zustand der städtischen Finanzen ist insbesondere mit Blick auf die aktuelle, aber auch auf die zukünftige Haushaltssituation besorgniserregend. Die einzelnen Dezer-nate sollen nun auf Weisung des Oberbürgermeisters Sparvorschläge entwickeln, um ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Baumaßnahmen im Schulbaubereich sind seitens der Schulverwaltung bisher schon beauftragt worden (Maßnahmen und Kosten)?
2. In welchem Umfang sind die schon beauftragten Maßnahmen im Schulbautenbereich von den Plänen zur Haushaltskonsolidierung betroffen?
3. Welche Auswirkungen werden die Pläne zur Haushaltskonsolidierung auf zukünftige Planungen/Maßnahmen im Schulbaubereich haben?

Außerdem fragt **Herr Dr. Schlieben**, CDU-Fraktion, zum Thema „**Sekretariatsnotstand an Kölner Schulen**“:

In der Sitzung des Schulausschusses vom 11.06.2012 wurde auf Nachfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Riedel die Verwaltung gebeten, darzustellen, wie der Schulbetrieb bei Langzeitarbeitsausfällen von Schulsekretärinnen (z.B. durch Krankheit) sichergestellt wird. Seitens der Verwaltung wurde u.a. angekündigt, dass eine Regelung für die Schulsekretärinnen vor der Fertigstellung stünde, aber noch im Hinblick auf die Personalbemessung überprüft und genehmigt werden müsse.

Die Ansicht der Schulverwaltung, dass in diesem Zusammenhang zusätzliche Stunden erforderlich seien, würde –laut damaliger Aussage der Verwaltung- derzeit vom Personalamt geprüft. Zurzeit häufen sich die Meldungen, dass Schulen ohne Sekretärinnen auskommen müssen und auch entsprechende Vertretungsregelungen nicht funktionieren (z.B. Dreikönigsgymnasium, Gemeinschaftsgrundschule Humboldtstraße, Gemeinschaftsgrundschule Hauptstraße, Katholische Grundschule Neufelder Straße...).

In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die damals angekündigte Fertigstellung der besagten Regelung mittlerweile erfolgt? Falls ja, wann wird sie der Politik vorgestellt?
2. Hat sich die Schulverwaltung mit ihrer Ansicht, dass in diesem Zusammenhang zusätzliche Stunden erforderlich sind, durchsetzen können und wurden diese zusätzlichen Stunden schon den Schulen vor Ort zur Verfügung gestellt?
3. Wie beurteilt die Schulverwaltung die aktuelle Vertretungssituation an den Kölner Schulen?
4. Welche Lösungsvorschläge können kurzfristig von der Verwaltung umgesetzt werden, um den Sekretariatsnotstand an den oben genannten Schulen zu beenden?
5. Welche generelle Strategie plant die Schulverwaltung für die Zukunft, um den Sekretariatsnotstand an Kölner Schulen nachhaltig zu verhindern?

Er bittet um zügige Beantwortung möglichst als Anhang zum Protokoll, damit die Informationen noch rechtzeitig zu den Haushaltsplanungen vorliegen.

**Frau Gebauer**, sachkundige Bürgerin FDP-Fraktion, hat eine Anfrage zur **Gesamtschule Nippes** unter Bezug auf das **Schreiben des Lehrerrates** und das Schreiben des Schulpflegschaftsvorsitzenden vom 25.02.2013.

In den Schreiben ist von Baumängeln im alten Gebäude Paul-Humburg-Straße die Rede. Sie bittet um einen Sachstandsbericht, was die Verwaltung zur Mangelbeseitigung veranlasst.

Frau Dr. Klein antwortet, dass die Verwaltung die angesprochenen Briefe bisher nicht erhalten hat und noch am vergangenen Donnerstag von der Schulleitung die Rückmeldung bekam, dass alles in Ordnung sei.

Außerdem fragt **Frau Gebauer**, sachkundige Bürgerin FDP-Fraktion, zu einem Schreiben der Stadtschulpflegschaft bezüglich der **Plätze im OGS-Bereich**: Die Bedarfsmeldung der Schulen beinhaltet danach nur noch die Meldung darüber, wie viele der zu vergebenden Plätze an die zukünftigen Erstklässler vergeben werden. Dazu möchte sie wissen, warum der tatsächliche Bedarf nicht mehr abgefragt wird.

Frau Dr. Klein antwortet darauf, dass der Rat vor den Sommerferien 2012 beschlossen hat, dass **1.800 zusätzliche Plätze** eingerichtet werden, und dass die Gesamtzahl von 24.000 Plätzen (was einer Versorgungsquote von 70 % entspricht) eingefroren wird. Deshalb ist eine Abfrage nach zusätzlichen Plätzen nicht mehr möglich, weil sie gegen die Beschlusslage des Rates verstoßen würde. Dass es darüber hinaus einen Mehrbedarf gibt, ist der Verwaltung aus Schreiben der Schulen bekannt.

Frau Gebauer fragt weiter nach, ob Plätze, die nicht in Anspruch genommen werden, stadtweit weiter verteilt werden.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass Plätze unterhalb des Deckels weiter verteilt werden.

Auch **Frau Kessing**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet um einen Sachstandsbericht zur **Gesamtschule Nippes**. Die im Aufbau befindliche Schule muss zunächst den Umzug machen und nun auch die Neuplanung in Angriff nehmen. Die Schule

habe derzeit das Gefühl, dass sie sich an vielen Punkten über das übliche Maß hinaus engagieren muss, während die Verwaltung das scheinbar nicht macht.

Außerdem wurde **Frau Kessing**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vom **Albertus-Magnus-Gymnasium** angesprochen, dass die **Umplanungen und der Neubau** auf sich warten lassen würden, weil der Passivhausstandard derzeit auf andere Standards umgeplant wird. Auch hierzu möchte sie wissen, wie die Schulen informiert werden und wie dafür gesorgt wird, dass die Informationen auch sachgerecht bei den Eltern ankommen.

Frau Heuer antwortet, dass Ansprechpartner für die Verwaltung auf der Basis des Schulgesetzes (ADO) die Schulleitung ist, welche die Schule nach außen vertritt.

**Herr Thelen**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vermisst die Beantwortung seiner **Fragen zum „Statusbericht Bürgerhaushalt“ aus der letzten Sitzung.**

**Frau Jahn**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet zum **Stadtgymnasium Porz**, in welchem der Verwaltungstrakt abgebrannt ist, um eine schriftliche Darstellung des weiteren Verfahrens und was genau geplant ist (Sanierung, Generalinstandsetzung oder Abriss?).

Herr Kaven sagt eine umfassende schriftliche Beantwortung, ergänzt um die Stellungnahme der Versicherung, zur April-Sitzung zu. Nach seinem Stand von vor zwei Wochen sei eine Sanierung möglich.

**Herr Lorenz**, Bezirksschüler/innen-Vertretung, bittet darüber hinaus um einen kurzen Gesamtüberblick über die geplanten und durchgeführten **Maßnahmen im Zusammenhang mit den Bränden** des Pavillons an der Gesamtschule Holweide und des SV-Raumes an seiner ehemaligen Schule, der Gesamtschule Porz, sowie der Brand-schadensregulierung an weiteren Schulen.

**Herr Philippi**, SPD-Fraktion, fragt zur **Lise-Meitner-Gesamtschule**: Die SPD-Fraktion hat erfahren, dass im **Werkunterricht** schwierige Lärmbedingungen herrschten und Geräte defekt seien, sodass keine Holzverarbeitung mehr durchgeführt werden kann, weil die Absauganlage defekt ist und er bittet um Darstellung der Maßnahmen, was geplant sei, um Abhilfe zu schaffen.

## 7 Verschiedenes

gez. Philippi, 20.03.2013

Vorsitzender

gez. Bernecker, 20.03.2013

Schriftführer